

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 24.01.2017

Lehrermangel in Niedersachsen: Daten zur Unterrichtsversorgung jetzt vorlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Eine gute Versorgung der Schulen mit gut qualifizierten Lehrkräften gehört zu den wichtigsten Grundlagen guter Bildung. In Niedersachsen herrscht derzeit Lehrermangel, und zwar an den allgemein- und an den berufsbildenden Schulen. Unterrichtsausfall an vielen Schulen ist die Folge.

Die Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen liegt nach Angaben des Kultusministeriums im laufenden Schuljahr 2016/2017 bei unter 98 %. Aufgrund des Lehrermangels werden in diesem Schuljahr voraussichtlich ca. 1 Million Unterrichtsstunden nicht erteilt werden können. Eine derart niedrige Unterrichtsversorgung hat es in Niedersachsen seit mehr als zehn Jahren nicht gegeben.

Die Landesregierung hat Mitte Januar 2017 erklärt, sie könne die geprüften Daten zur Unterrichtsversorgung an allen allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen voraussichtlich erst Ende Februar 2017 vorlegen. Stichtag der Erhebung war der 18. August 2016.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Daten zur Unterrichtsversorgung an allen allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen sofort, aber spätestens bis zum 6. Februar 2017 zu veröffentlichen,
2. ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für den Zeitraum bis 2025 vorzulegen, das den bedarfsgerechten Ausbau der Studien- und Studienseminarkapazitäten sowie ergänzende Maßnahmen zum Umgang mit der Situation in Mangelfächern im allgemein- und berufsbildenden Bereich berücksichtigt sowie auf die Sondersituation im Schuljahr 2020/2021 (Wiedereinführung G9) eingeht.

Begründung

Die Grundlage guter Bildung in Schulen ist es, dass der vorgesehene Unterricht stattfindet. Dies kann nur funktionieren, wenn in den Schulen eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften tätig ist. In Niedersachsen gelingt der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragenen Landesregierung seit dem Schuljahr 2015/2016 keine auskömmliche Ausstattung der Schulen mit Lehrerstunden mehr. Die Werte für die allgemeinbildenden Schulen sind bei der derzeitigen Regierung von Stephan Weil so niedrig wie seit der Zeit der SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel nicht mehr. Auch in den berufsbildenden Schulen lag die Unterrichtsversorgung 2015/2016 im dritten Jahr in Folge bei unter 89 % und damit auf einem ebenfalls historisch niedrigen Wert.

Üblicherweise veröffentlicht das Kultusministerium die geprüften Daten zur Unterrichtsversorgung im 1. Schulhalbjahr spätestens im Januar des Folgejahres. Einem Artikel des *Weser Kuriers* vom 19. Januar 2017 zufolge soll dies im Schuljahr 2016/2017 jedoch nicht geschehen. Dort wird ein Schreiben des Kultusministeriums zitiert, in dem es heißt: „Eine Aussage über die geprüften Ergebnisse der Statistik an den allgemeinbildenden Schulen zum Stichtag 18.08.2016 kann voraussichtlich erst Ende Februar 2017 erfolgen.“

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 25.01.2017)